

**Uns bleibt, was gut war
und klar war...**



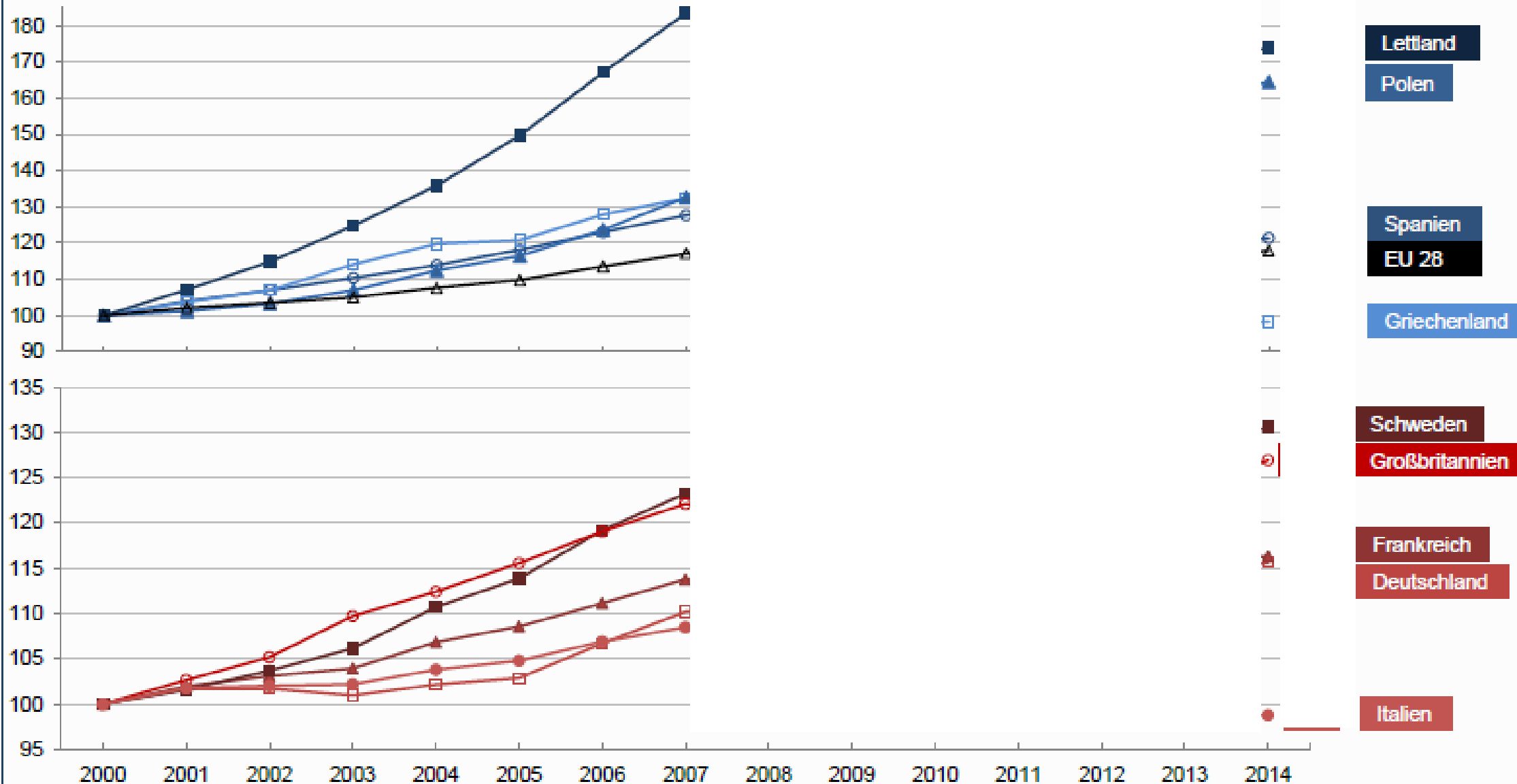
**Griechenland und Europa:
quo vadis, Linke?
1.09.15, Alhambra**

Vortragsstruktur:

- I. Ökonomische Situation vor und nach der Krise
- II. Interessen der deutschen Politik
- III. Die Antwort der griechischen Bevölkerung
(und die der Troika)
- IV. Die Linke und die Weltveränderung
- V. Politische Interventionsmöglichkeiten

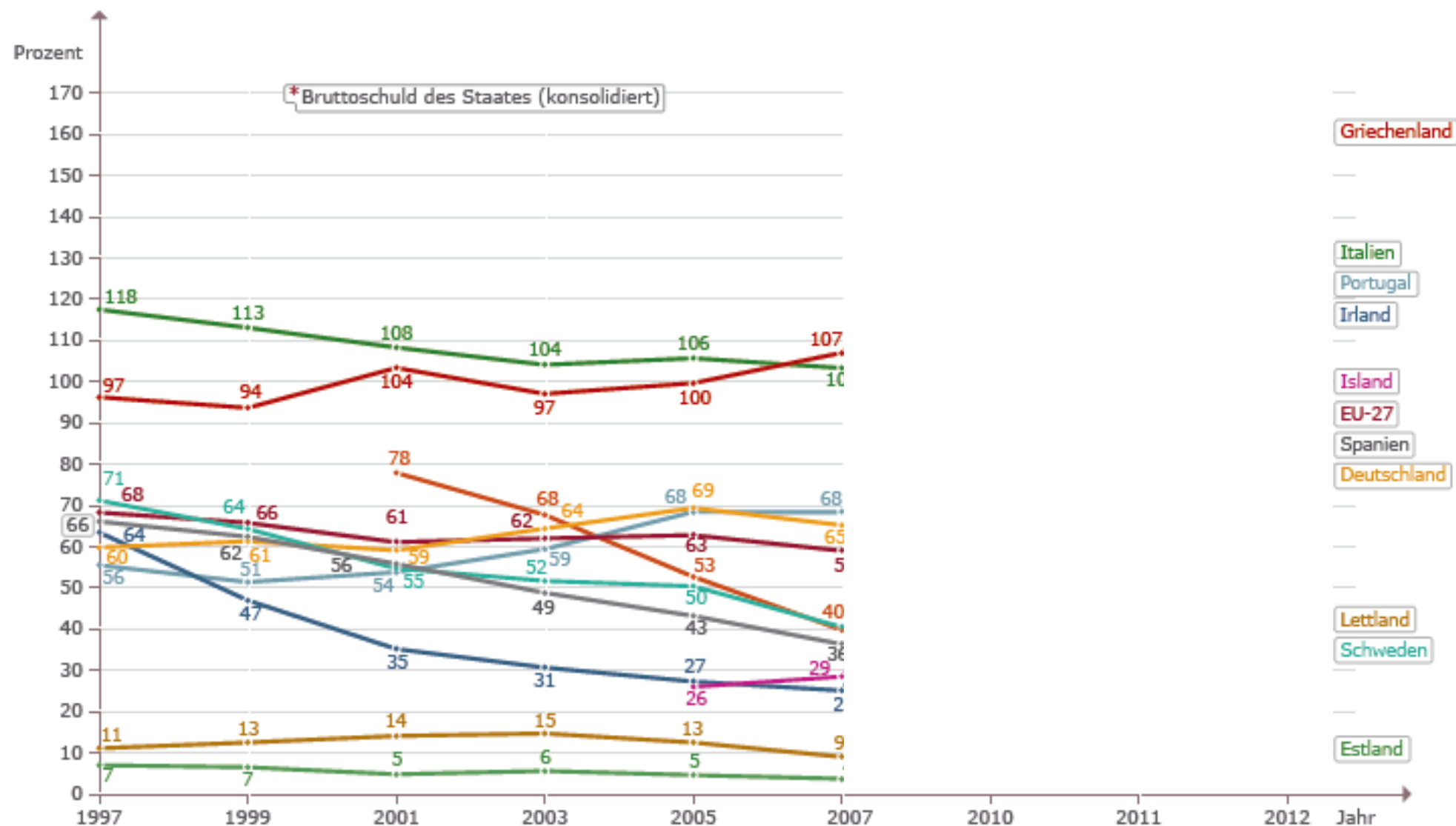
Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten EU-Ländern 2000 - 2014

Indexdarstellung 2000 = 100, BIP zu konstanten Marktpreisen (Wechselkurse zu 2005 in Euro)



■ Öffentlicher Schuldenstand*

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), ausgewählte europäische Staaten, 1997 bis 2012



Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Defizit/Überschuss, Schuldenstand des Staates und damit zusammenhängende Daten (Stand: 07/2013)

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, www.bpb.de

Arbeitszeiten und Renten in Deutschland und Griechenland

- Die Griechen arbeiten mehr als die Deutschen. Die tatsächliche Wochenarbeitszeit - abzüglich Mittagspausen - lag vor der Krise laut Eurostat bei **44,3** Stunden, in Deutschland waren es 41 Stunden und im EU-Durchschnitt 41,7 Stunden.
- Griechische Arbeitnehmer haben durchschnittlich einen Urlaubsanspruch von **23** Tagen im Jahr. Die Deutschen sind in der glücklichen Lage, **30** Urlaubstage nutzen zu können.
- In Deutschland Männer mit **61,8** Jahren in Rente, in Griechenland sind es **61,9** Jahre. Die griechische Durchschnittsrente beträgt 55% des Durchschnitts der Euro-Zone, im Jahr 2007 lag sie bei 617 Euro. Zwei Drittel der griechischen Rentner müssen mit weniger als 600 Euro je Monat über die Runden kommen.

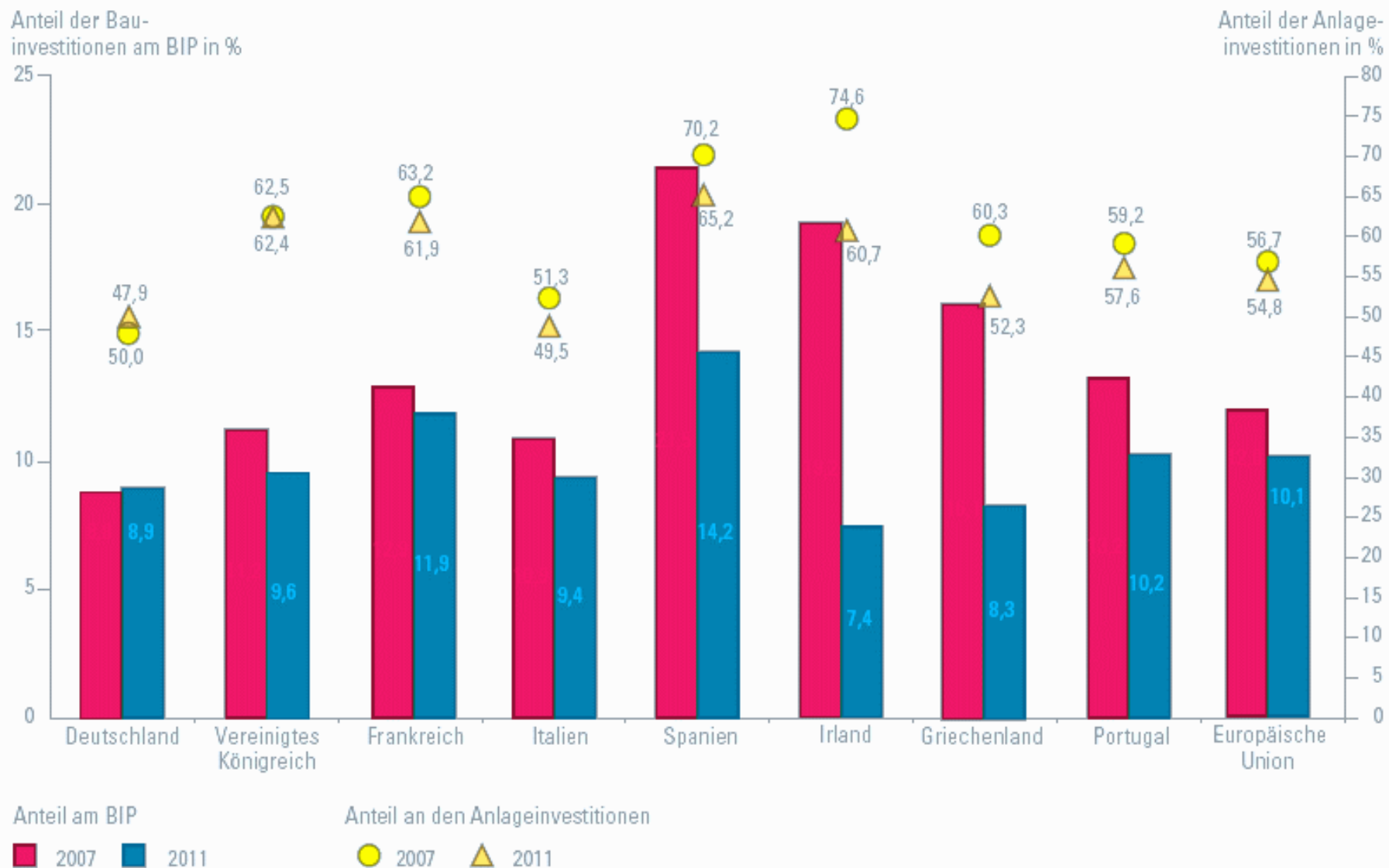
Hauptgründe der Krise: Exp.d.Bauwirtschaft

Anteile der einzelnen Sektoren an der gesamten Produktion
1999 und 2007; in %

	Landwirtschaft, Bergbau	Nahrungsmittel, Textil	Grundstoffindustrien	Investitionsgüterhersteller	Energie- und Wasserwirtschaft	Bau	Handel, Verkehr, Telekommunikation	Dienstleistungen für Unternehmen	Andere Dienstleistungen
1999				1999					
Deutschland	1,7	4,5	9,2	19,5	2,0	6,6	17,2	22,5	16,9
Griechenland	7,5	10,2	6,4	4,6	2,0	9,3	27,8	15,7	16,6
2007									
Deutschland	1,4	4,0	9,8	23,5	2,7	4,6	16,4	22,0	15,6
Griechenland	4,8	7,4	7,0	5,2	1,8	10,6	29,9	15,3	17,9

Industrialisierung im Bereich der Abteilung I des Kapitals in Deutschland, Industrialisierung im Bereich der Abteilung II des Kapitals in Griechenland speziell im Bereich Bau und Tourismus, aber kaum Exportwaren. CIA Report: Tourism provides 15% of GDP. Immigrants make up nearly one-fifth of the work force, mainly in agricultural and unskilled jobs.

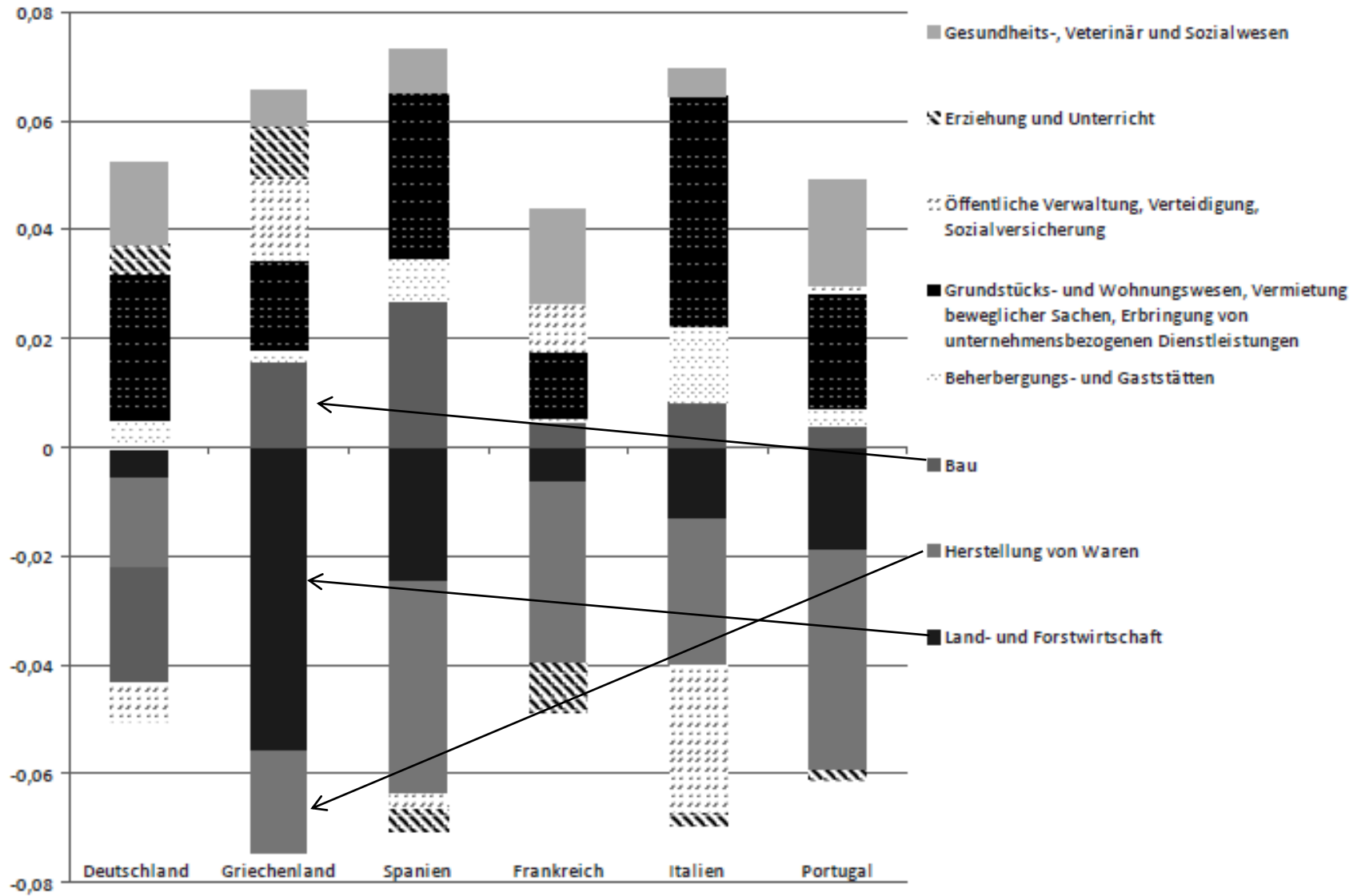
Anteil der Bauinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und an den Anlageinvestitionen in den Jahren 2007 und 2011 in Prozent



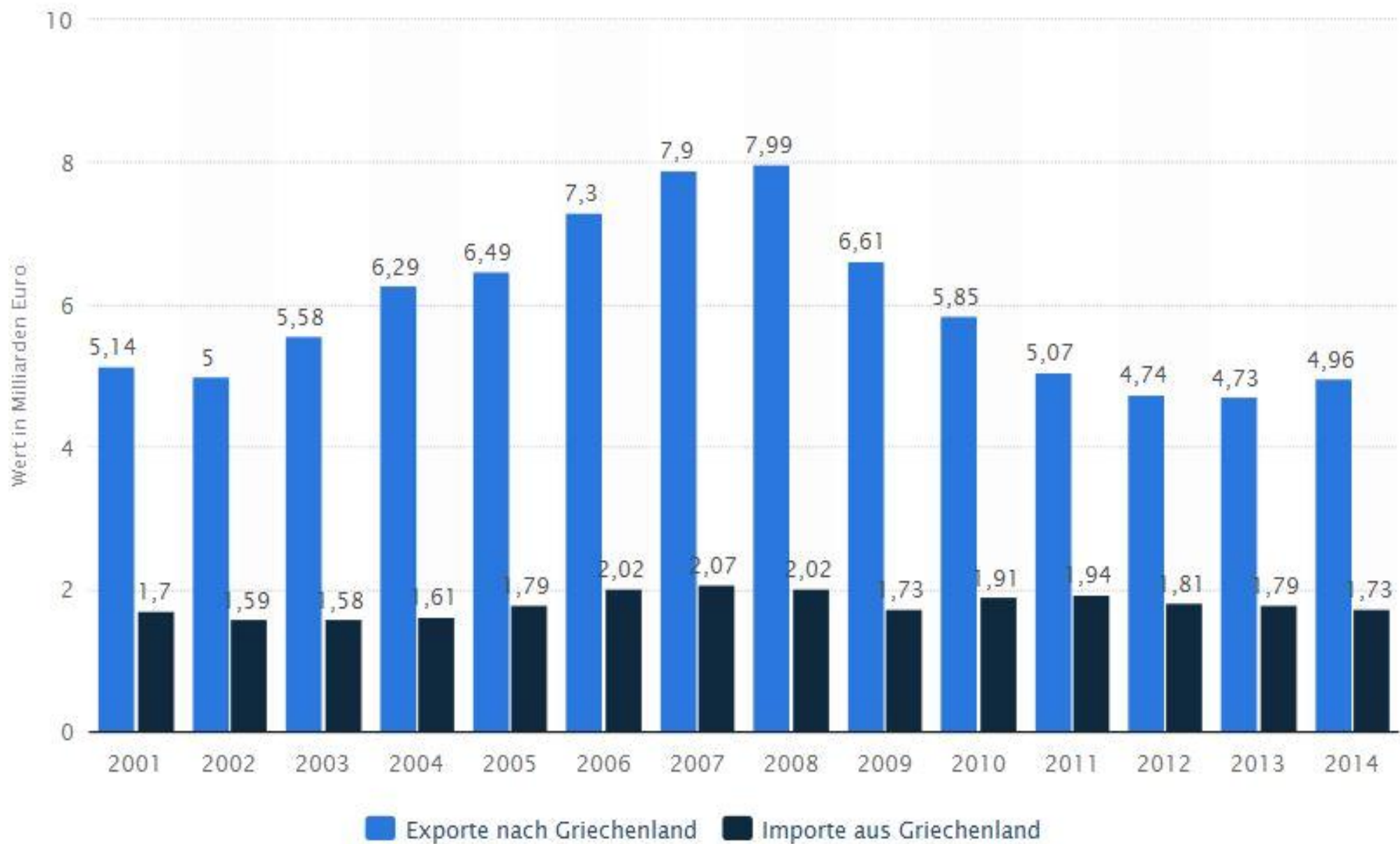
Datenquelle: Eurostat; für Frankreich (2011) nationales Statistikkamt Insee; eigene Darstellung

Absolute Veränderungen der Beschäftigungsanteile in ausgewählten Wirtschaftszweigen vor der Großen Rezession

2000-2007

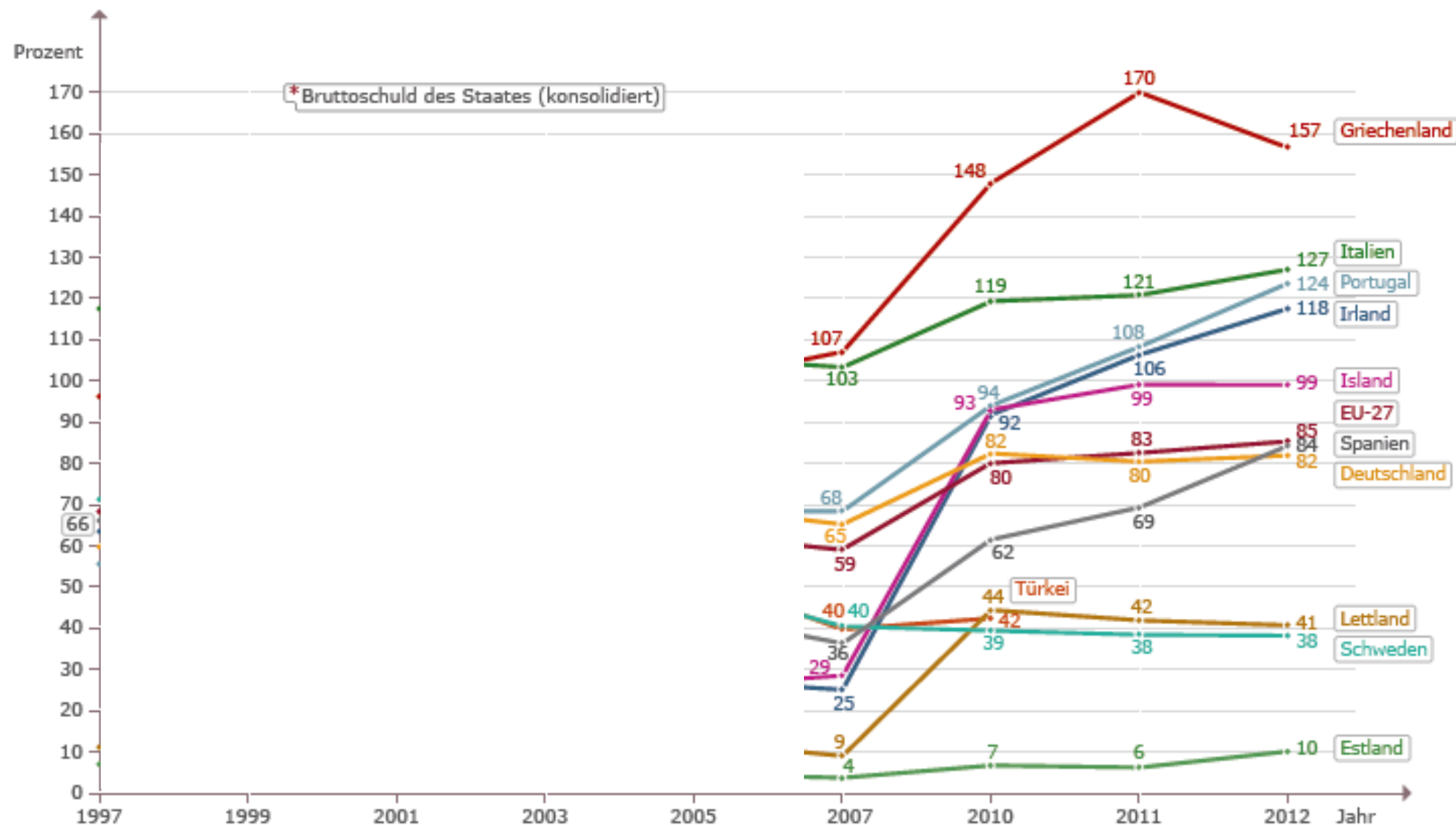


Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen.



■ Öffentlicher Schuldenstand*

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), ausgewählte europäische Staaten, 1997 bis 2012



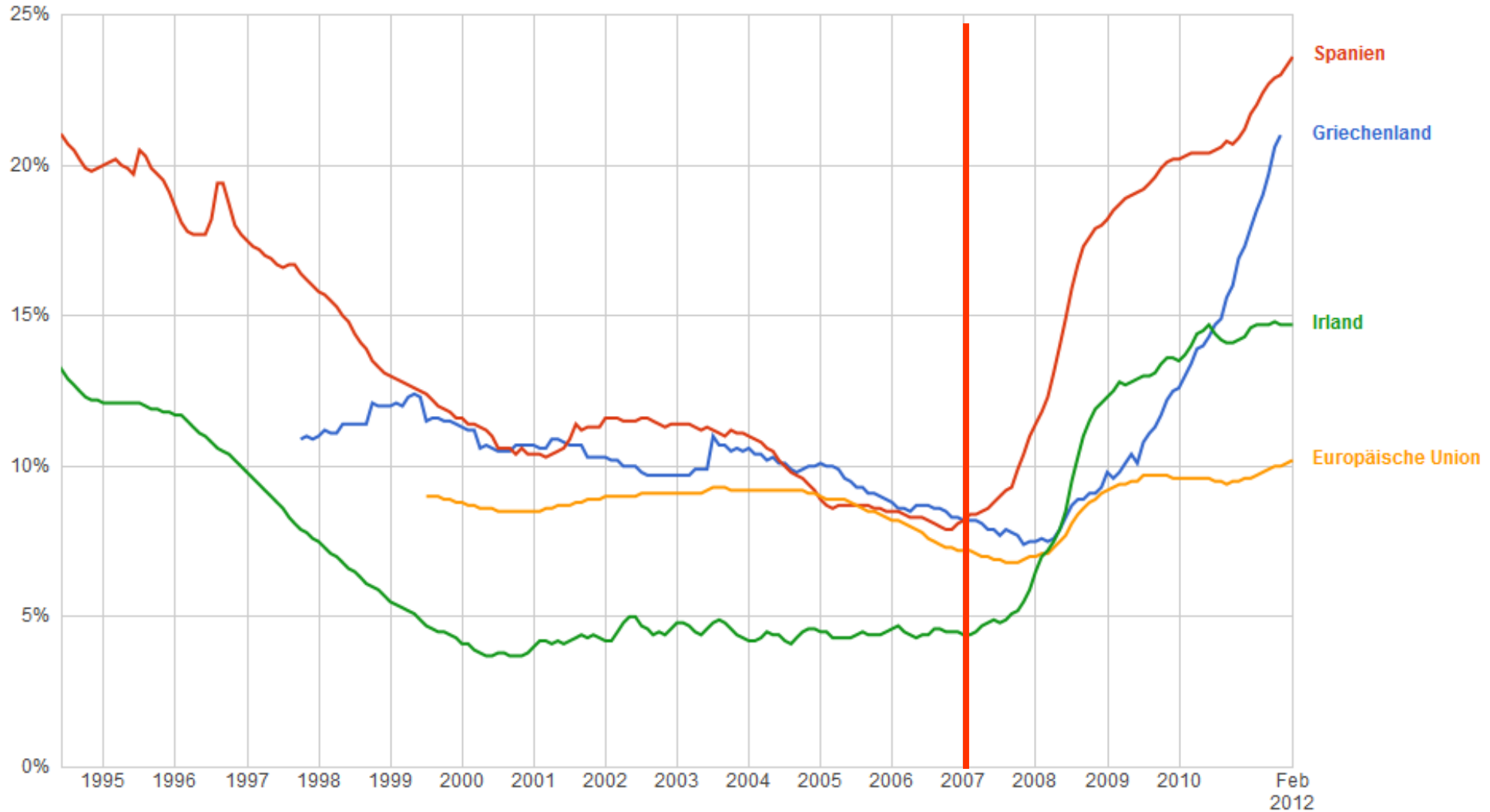
Quelle: Eurostat: Online-Datenbank: Defizit/Überschuss, Schuldenstand des Staates und damit zusammenhängende Daten (Stand: 07/2013)

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

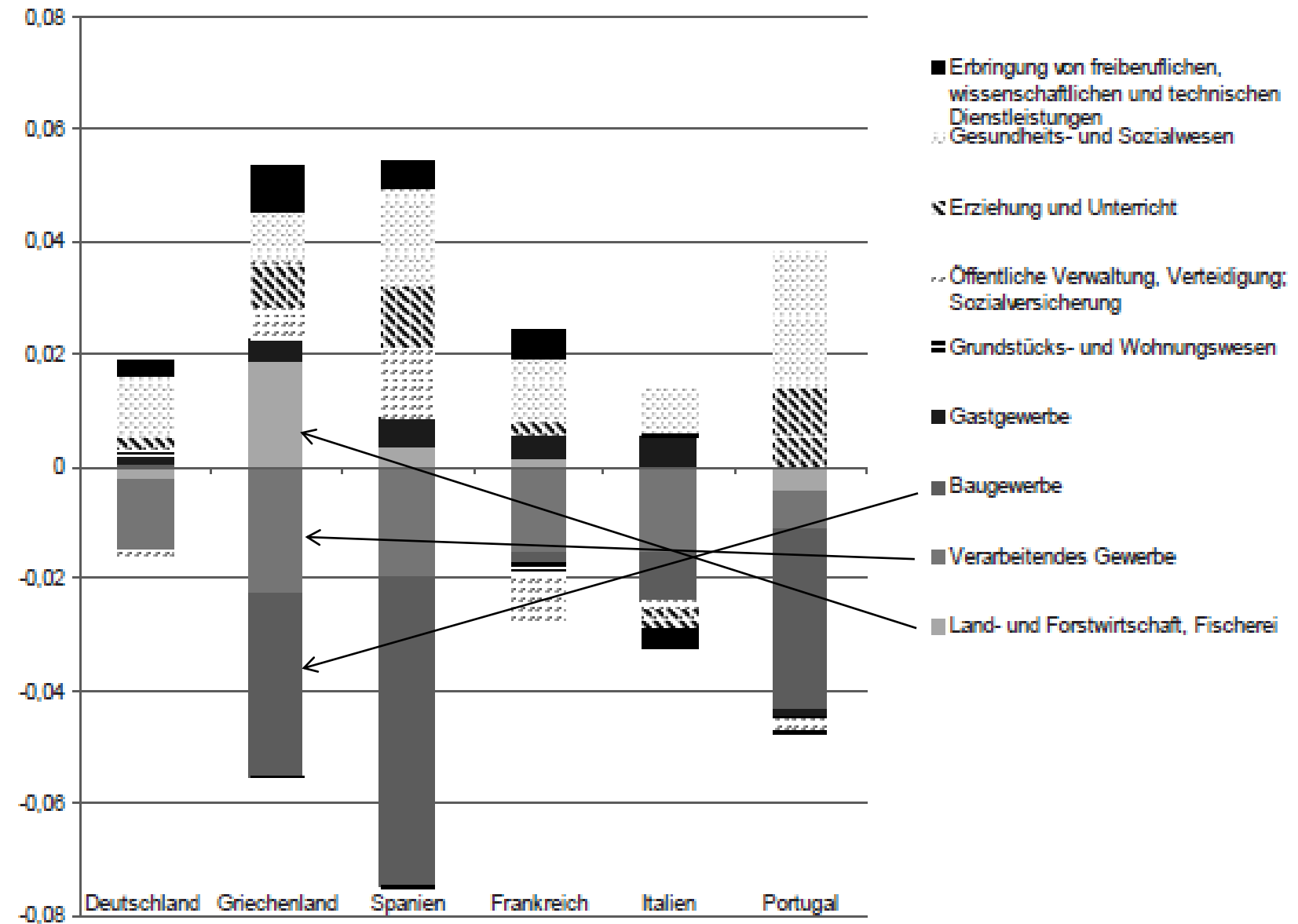
Bundeszentrale für politische Bildung, 2013, www.bpb.de

Die Sparpolitik produziert Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquote - Saisonbereinigte Daten [?](#)



Absolute Veränderungen der Beschäftigungsanteile in ausgewählten Wirtschaftszweigen nach der Großen Rezession 2008-2012



Zahlen zur Verarmung in Griechenland

- Sinken der Einkommen bis 2014 um 1/3
- Über 26 % Arbeitslosigkeit, nur 14 % bekommen Unterstützung, Arbeitslosengeld sinkt auf 360 Euro
- Sozialhilfe gibt es nicht
- Über 3 Mio. Griechen nicht mehr krankenversichert
- Krankenkassen pleite, trotz Versicherung müssen Behandlungen häufig privat bezahlt werden. 20 % der Kinder blieben 2012 ungeimpft.
- 238000 Stromsperren zwischen Januar und September 2013, in 80% der Wohnblocks fehlt Geld für Heizung
- 280000 Haushalte wegen säumiger Hypothekentilgung von Räumung bedroht

Interessen der deutschen Regierung:

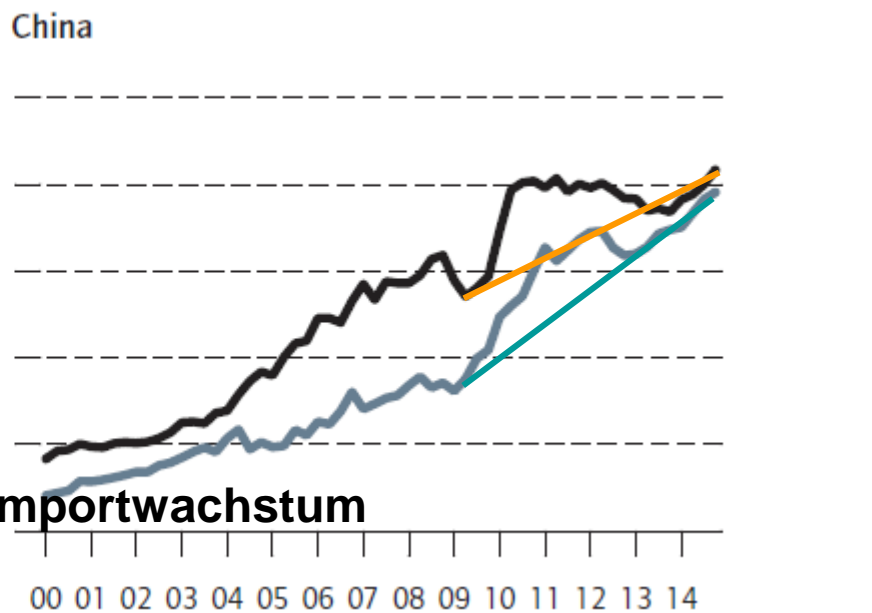
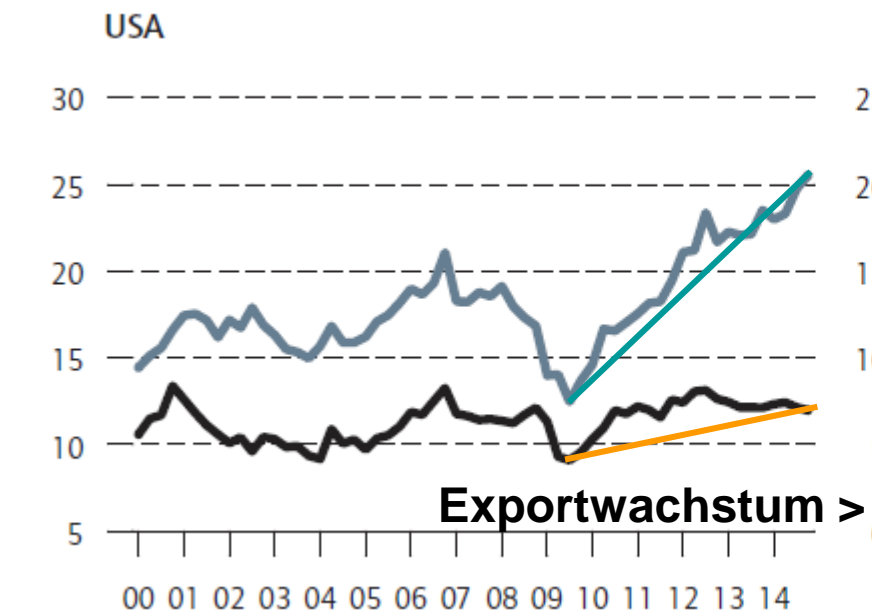
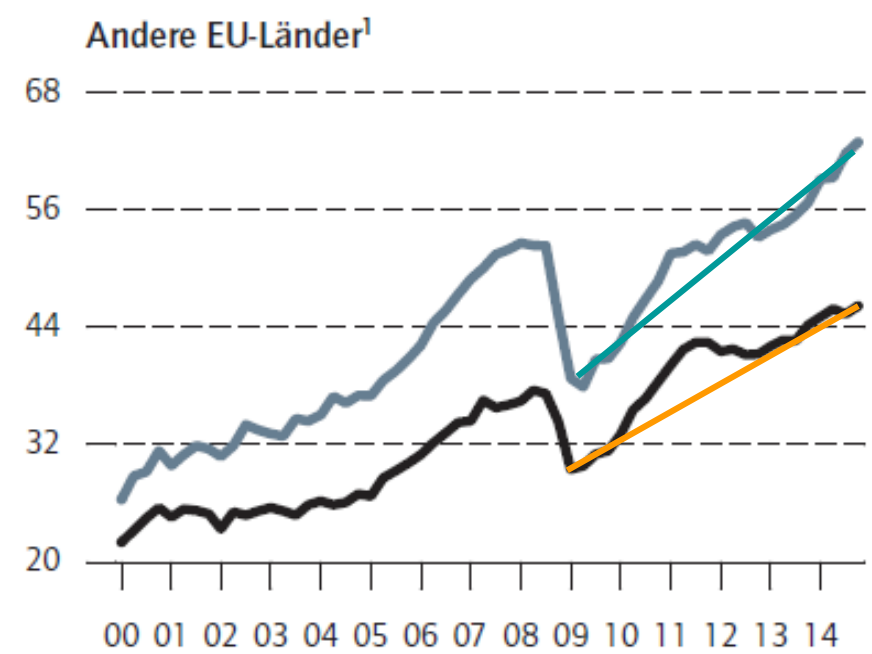
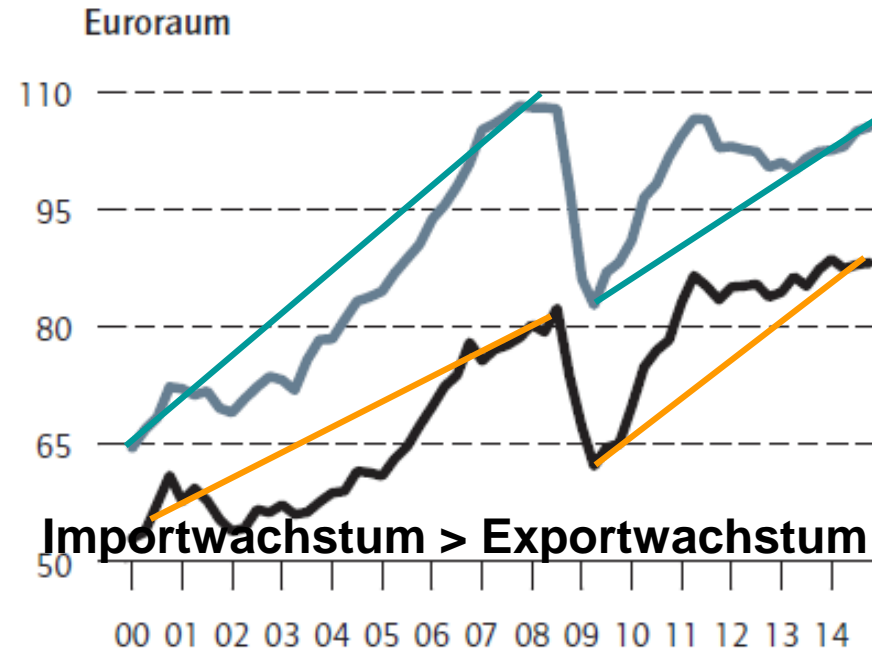
1. Weltweite Wettbewerbsfähigkeit und Remodellierung der Exporte und Importe

Generelles Ziel: Im ganzen Euroraum Arbeits- und Sozialkosten zu senken und die Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt gegenüber anderen Währungsräumen zu erhöhen

Konkret: Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen ist derzeit höher als zu irgendeinem Zeitpunkt der vergangenen 30 Jahre. ***Das liegt vor allem an der niedrigen Bewertung des Euro an den Devisenmärkten (wegen der Griechenland, Spanien etc. Krise). Die Aussichten für den Export sind trotz der Rezession im Euroraum positiv. (Aus dem Frühjahrsgutachten des Sachverständigenrats, 2014)***

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen

Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Milliarden Euro



Latest (31 August 2010): EUR 1 = USD 1.2680 -0.0020 (-0.2%)

Date range: [1m](#) | [3m](#) | [6m](#) | [1y](#) | [2y](#) | [5y](#) | [10y](#) | [All](#)

Change from 31 August 2009 to 31 August 2010 **-0.1592 (-11.2%)**

Minimum (8 June 2010): 1.1942 - Maximum (3 December 2009): 1.5120 - Average: 1.3689



29. Oktober 2009: Die US-Wirtschaft wächst erstmals seit einem Jahr wieder - das BIP legte im vergangenen Quartal um 3,5 Prozent zu.

19. Januar 2010: Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr wegen der Auswirkungen der Wirtschaftskrise mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen um 320.000

25. Januar 2010: Laut GfK-Konsumklimaindex sinkt die Kauflaune der Verbraucher aufgrund der wachsenden Angst vor Arbeitslosigkeit.

10. März 2010: Die deutschen Exporte brechen im Januar so stark ein wie seit einem Jahr nicht mehr

03. Februar 2010: Griechenland steht vor der Pleite, und die EU-Kommission will Athen zu größeren Sparanstrengungen zwingen.

06. Februar 2010: Die Finanzprobleme Griechenlands und anderer EU-Staaten schüren die Sorge um die Währung - und beschäftigen auch das G7-Finanzministertreffen im kanadischen Iqaluit.

21. März 2010: Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble zeigen sich weiter zurückhaltend hinsichtlich konkreter Hilfszusagen für Griechenland

09. April 2010: Die deutschen Exporte legen um 5,1 Prozent im Vergleich zum Vormonat zu. Das ist der kräftigste Zuwachs seit acht Monaten

23. April 2010: Griechenland bittet bei EU und IWF um Finanzhilfe. Das Hilfspaket für Griechenland wird beschlossen.

26. Mai 2010: Die OECD rechnet für dieses Jahr mit 1,9 Prozent Wachstum in Deutschland. Im kommenden Jahr sollen es sogar 2,1 Prozent werden.

05. August 2010: Gute Nachricht für Griechenland: Die zweite Tranche des Hilfspakets wird ausgezahlt. EU, EZB und IWF lobten die bisherigen Reformen - mahnten aber auch weitere an.

13. August 2010: Die deutsche Wirtschaft wächst im zweiten Quartal stark - und zieht die europäische Konjunktur mit.

16. August 2010: In Japan gerät der Aufschwung ins Stocken

25. August 2010: In den USA wächst die Angst vor einem Rückfall in die Rezession...

Alle Meldungen von Tagesschau.de

[See EUR vs. USD](#)

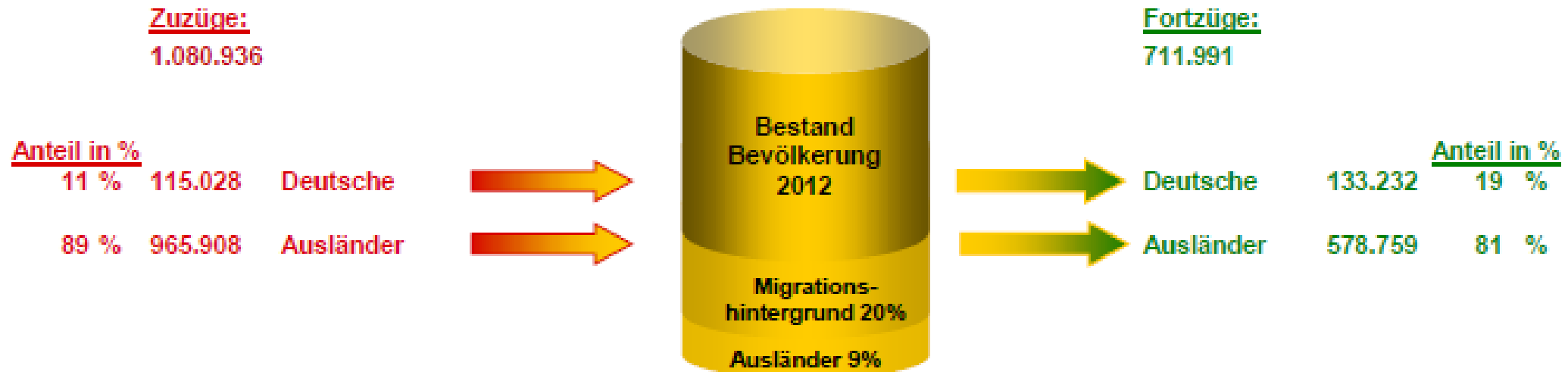
Interessen der deutschen Regierung:

2. Erzwungene Migration in den Arbeitsmarkt

Voraussichtliche Entwicklung der Erwerbspersonenzahl in den Bundesländern bis 2030

Bundesland	Erwerbspersonen						
	Basisjahr 2005	Status-Quo-Variante		Primärvariante		Maximalvariante	
		2020	2030	2020	2030	2020	2030
	1 000						
Baden-Württemberg	5 702	5 593	5 048	5 829	5 421	6 089	5 847
Bayern	6 632	6 487	5 854	6 762	6 288	7 066	6 780
Berlin	1 812	1 662	1 493	1 733	1 604	1 775	1 674
Brandenburg	1 419	1 179	946	1 227	1 020	1 266	1 082
Bremen	330	324	304	338	327	353	350
Hamburg	935	954	882	993	945	1 029	1 005
Hessen	3 149	2 948	2 618	3 078	2 821	3 229	3 058
Mecklenburg-Vorpommern	944	735	617	767	664	793	705
Niedersachsen	3 948	3 669	3 238	3 836	3 500	4 037	3 813
Nordrhein-Westfalen	8 863	8 332	7 469	8 716	8 067	9 216	8 852
Rheinland-Pfalz	2 056	1 926	1 705	2 013	1 838	2 119	2 002
Saarland	508	443	390	465	422	491	460
Sachsen	2 293	1 861	1 597	1 936	1 710	1 992	1 800
Sachsen-Anhalt	1 322	998	824	1 040	886	1 071	934
Schleswig-Holstein	1 447	1 389	1 221	1 449	1 317	1 514	1 422
Thüringen	1 267	980	812	1 022	873	1 053	923
Deutschland	42 627	39 480	35 016	41 206	37 702	43 092	40 709

Wanderung im Jahr 2012



Quelle: Statistisches Bundesamt

Von den rund 1,2 Millionen Zuwanderern in 2013 kamen laut Migrationsbericht 755.000 Menschen aus dem EU-Raum (62 Prozent). Zieht man die Fortzüge ab, gab es unterm Strich einen Wanderungsgewinn von 295.200 – oder mit anderen Worten: die meisten Menschen kamen aus EU-Staaten. Dieses Jahr wird ein Gesamtplus von 1 Mio. erwartet.

Trotz der erhöhten Zuwanderungszahlen und des Wanderungsüberschusses gehen die Statistiker davon aus, dass die Bevölkerung in Zukunft schrumpfen wird.

Interessen der deutschen Regierung:

3. Senkung der eigenen Staatsschulden

- Wegen Euro Krise gelten Bundesanleihen als "sicherer Hafen" und müssen als Sicherheit von Banken gehalten werden.
- Folge: Investoren und Banken stürzen sich auf deutsche Staatsanleihen. Daher findet die Bundesregierung leicht Geldgeber, wenn sie Kredite aufnehmen will.
- Ergebnis: Der Zins, den der Bund seinen Gläubigern zahlen muss, ist sehr niedrig... Geschätzte Einsparungen im deutschen Staatshaushalt seit Krise: 100,- Milliarden Euro.

Interesse der deutschen Regierung:

4. Verwaltungstechnische De-Politisierung neoliberaler Politik

Maastricht Kriterien, Schuldenstabilität und EZB Verhalten

- Finanzlage der öffentlichen Hand: (Art. 126 AEU-Vertrag)
 - Der staatliche Schuldenstand darf nicht mehr als 60 % des Bruttoinlandsprodukts betragen
 - Das jährliche Haushaltsdefizit darf nicht mehr als 3 % des Bruttoinlandsprodukts betragen
- Schuldenstreichungen sind im Vertrag nicht vorgesehen.
- Die EZB ist dabei 25 % aller Staatsschulden aller Euro Länder aufzukaufen, so dass diese für alle EU Länder Hauptgläubiger werden wird (oder bereits ist).

Nachholende Industrialisierung wird dadurch unmöglich; verschuldete Staaten bleiben über Generationen in Schuldenknechtschaft.

IV. Die politische Antwort der griechischen Bevölkerung und die Reaktion der Gläubiger

1. Massenproteste auf dem Syntagma Platz
2. Generalstreiks
3. Syriza-Sofortprogramm bei Regierungsantritt
4. Die Antwort der Troika
5. Beendigung des Nein vor einem möglichen Kollaps

Die erste Phase der Massendemonstrationen (2010-2011)

- 05. Mai 2010: Proteste gegen das Sparpaket in Athen, drei Menschen werden getötet.
- 11. September 2010: Abermals Proteste gegen den Sparkurs in Griechenland: 20.000 Menschen demonstrieren.
- 15. Dezember 2010: Bei Protesten gegen die Sparprogramme der Athener Regierung kommt es zu Ausschreitungen.
- 05. Juni 2011: Erneut Massenproteste gegen die Sparpolitik der griechischen Regierung.
- 15. Juni 2011: Zehntausende demonstrieren gegen die neuen Sparpläne.
- 28. September 2011: Proteste gegen eine neue griechische Immobiliensteuer, es kommt zu Ausschreitungen.
- 01. Dezember 2011: In Griechenland protestieren erneut Zehntausende gegen die Sparpläne der Regierung

Die 2. Phase – eine Serie von Streiks (2011-2013)

- 20. Mai 2010: Ein Generalstreik gegen das Sparprogramm der Regierung legt das öffentliche Leben in Griechenland lahm.
- 08. Juli 2010: In Griechenland gibt es erneut einen Generalstreik gegen die Sparpläne der Regierung.
- 11. Mai 2011: Mit einem landesweiten Streik protestieren griechische Bürger gegen die Sparprogramme der Regierung.
- 28. Juni 2011: In Griechenland wehren sich die Gewerkschaften mit einem groß angelegten Streik gegen die Sparvorhaben der Regierung.
- 05. Oktober 2011: Ein landesweiter Streik gegen Sparmaßnahmen legt unter anderem den Flugverkehr lahm.
- 07. Februar 2012: Die Griechen protestieren mit einem Generalstreik gegen die Sparmaßnahmen.
- 10. Februar 2012: Die Griechen wehren sich gegen die harten Einschnitte erneut mit einem Generalstreik..
- 18. Oktober 2012: Ein Generalstreik legt Griechenland lahm.
- 06./07. November 2012: Die Gewerkschaften rufen zum Generalstreik gegen die Ausweitung der Sparmaßnahmen auf.
- 24./25. September 2013: Aus Protest gegen die geplanten Massenentlassungen treten Tausende griechische Staatsbedienstete in einen 48-stündigen Streik.
- 06. November 2013: Aus Protest gegen die Sparvorgaben der Troika wird in Griechenland wieder landesweit gestreikt.

Die 3. Phase: Ende der Massenmobilisierung, Syriza gewinnt die Wahlen und kündigt Sofortprogramm an

- Erhöhung des Mindestlohns von 586 auf 751 €
- Erhöhung niedriger Renten
- Alle Bürger, auch ohne Versicherung, sollen in staatlichen Kliniken behandelt werden
- Familien mit Zahlungsrückständen sollen Strom erhalten
- Zahlungsunfähige Arbeitslose sollen die Wohnung nicht verlieren
- Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst rückgängig
- Kinder von Migranten, die in Griechenland geboren und aufgewachsen, erhalten griechische Staatsbürgerschaft
- Privatisierung von gewinnbringenden Unternehmen gestoppt
- Besteuerung soll von ärmeren zu reicheren Griechen verlagert werden, Steuerflucht und Korruption sollen bekämpft werden
- Besonders unmenschliche Gefängnisse abgeschafft
- Polizei soll auf Demonstrationen und Fußballspielen unbewaffnet auftreten

Die Antwort der Troika

- Aufkündigung der Zusammenarbeit, wenn kein Gesamtprogramm von Reformmaßnahmen erarbeitet wird, das den Vorstellungen der Troika entspricht
- Keine Überweisung der mit der Vorgängerregierung verhandelten Kredittranchen.
- EZB verweigert den Zugriff der griechischen Banken auf langfristige Kreditgaben
- EZB begrenzt die Gesamthöhe der Kredite, die griechische Banken vergeben dürfen.
- Die Banken stehen vor dem Zusammenbruch, weil weite Teile der griechischen Bevölkerung ihre Sparkonten räumen.

1. HILFSPAKET



2. HILFSPAKET



3. HILFSPAKET



JETZT ABER! PHÖNIX FLIEG!

Beendigung des Nein vor möglichem Kollaps

Griechische Banken gezwungen, pro Tag und Kunde nur Auszahlung von 60 € zuzulassen. Kapitalverkehrskontrollen für Überweisungen ins Ausland eingeführt. Keine Kredite mehr. Immer größere Teile der griechischen Wirtschaft in Not und müssen Tätigkeiten einstellen.

Griechische Regierung geht trotz über 61% für „Nein“ gegen Sparmaßnahmen auf Bedingungen der Troika ein. Fast alle bisherigen Beschlüsse aufgehoben, weitere Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie Zerschlagung von Arbeitsrechten verlangt. Jedes „haushaltsrelevante“ Gesetzesvorhaben muss durch Troika genehmigt werden.

V. Die Linke und die Weltveränderung

1. Das alte Modell und die politische Umsetzung
2. Voraussetzungen und Grenzen des alten Modells
3. „Scheiß auf Euro und EU“ als linke Antwort auf das Scheitern des alten Plans?
4. Grexit als griechische linke Antwort?
5. Renationalisierung als Rückschritt und Förderung der Nationalisten
6. Ökonomische Folgen eines Grexit
7. Warum Tsipras weitermachen will
8. Enklaven politischer Macht statt Staatsmacht?

Der „alte“ Plan linker Machtübernahme

1. Enteignung des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben
 2. Starke Progressivsteuer
 3. Abschaffung des Erbrechts
 4. Zentralisation des Kredits in Händen des Staats durch Nationalbank mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol
 5. Zentralisation des Transportwesens in Händen des Staats
 6. Vermehrung der Nationalfabriken, Produktionsinstrumente, Urbarmachung und Verbesserung aller Ländereien nach gemeinschaftlichem Plan
 7. Gleicher Arbeitszwang für alle
 8. Vereinigung des Betriebs von Ackerbau und Industrie, Hinwirken auf allmähliche Beseitigung des Unterschieds von Stadt und Land
 9. Öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder
- Aus Marx/Engels: Das kommunistische Manifest

Politische Umsetzung des alten Plans

- Bildung eines „fortschrittlichen“ Blocks, der verschiedene Gesellschaftsgruppen umfasst („Volksfront“).
- Dominanz dieses Blocks durch die Vertretung der arbeitenden Klassen.
- Übernahme der politischen Macht in dem jeweiligen Land.
- Gemeinsame Frontstellung gegen den Imperialismus.
- Nachholende Industrialisierung unter dem Schutz von Zöllen und staatlicher Industriepolitik

Implizite Voraussetzung des „alten“ Plans

- Weitgehende Autarkie in Bereichen der wesentlichen Güterproduktion, insbesondere Landwirtschaft
- Stabile Bevölkerungsentwicklung
- Zugriff auf aktuelle technologische Entwicklung
- Unabhängigkeit ökonomischer und staatlicher Leistungen vom Finanzmarkt (u.a. deswegen Verstaatlichung der Banken).
- Punkt 1, 2 und 3 schon früher im sowjetisch beherrschten RGW nicht gegeben, Punkt 4 zwingt Regierungen „kleinerer“ Staaten in (Schulden-) Knechtschaft

Neuer linker antieuropäischer Nationalismus?

- Angesichts struktureller Gewalt der EU-Verträge und dem Agieren der EU-Kommission formulieren Teile der Linken eine Rückkehr zu Nationalstaatlichkeit und Austritt aus Eurozone als Ausweg, um politisch wieder handlungsfähig zu werden: S. Wagenknecht:
- Brauchen Plan B. Eurozone funktioniert im Interesse der Reichsten. ... Während deutsche Exportkonzerne nicht zuletzt dank durch Agenda 2010 ermöglichten Lohndumpings Vorherrschaft ausbauen und deutscher Staat profitiert, Länder mit kämpferischen Gewerkschaften deindustrialisiert. „Nicht, wer angesichts dieser Situation über Alternativen zur Einheitswährung nachdenkt, sondern wer das nicht tut, muss sich den Vorwurf des Nationalismus gefallen lassen.“

Linke in Frankreich: Bruch mit Institutionen der EU!

- Parti de Gauche: Europäische Union in ihrer Struktur undemokratisch. Genauso wenig, wie möglich, Kapitalismus zu regulieren, nicht länger möglich, europäische Politik dazu zu bringen, Kurs zu ändern. Was wir brauchen, ist ein vollständiger Bruch.
- Schlagen friedliche Zusammenarbeit aller Länder vor, die Kern einer neuen Solidarität zwischen Bürgern Europas bilden wird. Zu diesem Ziel müssen mit Verträgen brechen, die Monster Europäische Union hervorgebracht. Müssen in erster Linie europäischen Diktaten Gehorsam verweigern. Könnte dem Land möglich sein, EU-Institutionen lahmzulegen.

Parti de Gauche: Mitarbeit bei Verträgen verweigern,
Ausnahmeregelungen:

- „Wir schlagen Ungehorsam vor ... Frankreich kann den Verträgen den Gehorsam verweigern. Verschiedene Länder haben es bereits abgelehnt, politische Maßnahmen der EU umzusetzen. Die Briten haben erreicht, eine Ausnahmeregelung durchzusetzen, die es ihnen erlaubt, den Euro nicht als Währung anzunehmen und sich außerdem nicht in die Freizügigkeitsregelungen ... integrieren zu lassen.“ „(Die französische Regierung) kann auf die Volkssouveränität zurückgreifen, indem sie ein Referendum organisiert.“

Rückschritt

- Rückkehr zu Nationalstaatlichkeit historisch ein Rückschritt, weil Marktkonkurrenz zwischen Nationalstaaten nicht mehr politisch eingeschränkt, ...
- ...und ökonomisch unsinnig, weil Rückkehr zu weniger harten Währungen - bei gleichzeitiger Konzentration der Staatskredite bei EZB - zu vermehrter Staatsverschuldung führe. Exportökonomien würden nach Aufwertung einbrechen.
- Währungen würden zu Spielball der Spekulanten.
- Rückkehr zu Nationalstaatlichkeit vermindert Freizügigkeit und Freiheit der Migration. Sie vermehrt Möglichkeit nationalstaat-licher Konflikte bis hin zum Krieg. Solidarität zwischen Völkern würde noch schwieriger.

Renationalisierung hilft Le Pen, Goldene Morgenröte und Neonazis in Oldenburg, Heidenau, Freital...

- Mario Candeias: Viel schlimmer: Rechtspopulistische und rechtsradikale Kräfte mit offen anti-europäischen Positionen legen fast überall in Europa zu. Sind Produkt des autoritären Bruchs mit Demokratie in Europa und der Aushöhlung des Sozialstaates. Drohen Rückfall in Nationalismus, Chauvinismus, gar Faschismus. Auch in Griechenland droht der von Bewegungen und Syriza gestoppte Aufstieg der Goldenen Morgenröte wieder an Fahrt aufzunehmen.

Grexit als Alternative?

Thomas Sablowski: Verfügung über eigene Währung könnte griechischen Staat auf neue finanzielle Grundlage stellen und Regierung notwendigen Spielraum verschaffen, um eigenständige Wirtschaftspolitik zu verfolgen und Problem extremer Massenarbeitslosigkeit und Armut anzugehen. Dafür große Investitionen notwendig. Staat müsste effektiv Kontrolle über Banken übernehmen, Kreditvergabe steuern und könnte bei ihnen in eigener Währung Kredit aufnehmen. Brachliegende Produktionskapazitäten könnten wieder genutzt werden, wenn der Staat Betriebe übernehmen und in sie investieren würde. Problem verschärft sich von Tag zu Tag mit Investitionsstreik der Bourgeoisie. Insofern wäre Austritt aus Eurozone kleineres Übel.

Folgen eines Grexit

- Abwertung, drastische Verteuerung der Importe, Pleite von Unternehmen, die auf Importe angewiesen
- Griechenland ohne wettbewerbsfähige Exportindustrie, kaum Steigerung der Exporte und des Devisenertrags
- Hoher Importbedarf von Konsumgütern nicht mehr bezahlbar
- Weiteres Sinken des Lebensstandards
- Gegen Kapitalabflüsse Kapitalverkehrskontrollen notwendig, im Widerspruch zu EU-Verträgen
- Schuldentrückzahlung noch schwieriger

Mehrheitsfraktion Syriza argumentiert deshalb

- Änderung politischer Mehrheitsverhältnisse in Europa braucht Zeit, Änderung europäischer politischer Institutionen und Regelwerke ebenfalls
- Dafür Mehrheit an linken Regierungen notwendig
- Deshalb muss Syriza an Macht bleiben, bis andere linke Regierungen diesen Prozess in Gang setzen, und bis dahin Schaden soweit wie möglich begrenzen
- Aber: sind politische Bewusstseinsprozesse über Jahre einzufrieren und was bedeutet die faktische Niederlage?

Viele Enklaven statt politischer Macht?

- Linke politische Bewegung kennt als Alternative zur direkten Übernahme der Macht faktische Neutralisierung politischer Macht (Zapatisten, Konzeption der Kurden, Alternativprojekte, Fabrikbesetzungen): Holloway: „Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen“.
- Gerade in Griechenland spielen diese Organisationsversuche bei Notversorgung der Armen, im Gesundheitswesen und beim Direktkontakt zwischen Bauern und Städtern etc. inzwischen erhebliche Rolle und stabilisieren Bewegung angesichts der Syriza-Spaltung.
- Völlig offen, wie weit solche Gegenhegemonie staatliche Prozesse wirklich umgestalten und wie lange Frage der direkten Machtausübung vertagt werden kann.

VI. Politische Interventionsmöglichkeiten

1. Ein neues politisches Projekt für Europa entwickeln
2. Sozialpolitische Projekte in Griechenland unterstützen
3. Aktionstage in Brüssel 13. - 15.10.

Solidarpraxis und – strukturen gegen TINA

- „'Immer wollt ihr den Griechen das Geld geben, wer denkt an die Arbeitslosen und Rentner in Deutschland?' Es ist dieses Gefühl verunsicherter Mittelklassen, welches den enormen Rückhalt für Merkel und Schäuble ... mit begründet. Solidaritätsappelle verpuffen, wenn solidarische Praxen nicht mehr selbst erlebt werden. Daher ist der Aufbau von Solidarstrukturen, die an den Alltagsproblemen der Menschen hier ansetzen, auch eine stabile Grundlage für gelebte Solidarität mit anderen Gruppen...“ (M. Candeias)

Candeias für „Europäische Bürgerinitiative“ für Neugründung Europas I

- Wachsendem Unbehagen gegenüber EU kann mit Predigt eines hilflosen Internationalismus nicht begegnet werden. Schließlich war in letzten Jahrzehnten fast jeder Schritt zur europäischen Integration Mittel zur Durchsetzung neoliberaler Politiken.
- Wäre zu überlegen, ob bestimmte Kompetenzen von europäischer auf andere Ebenen 'zurück'-zugeben. Es ginge um neue Verbindung von Dezentralität mit transnationalen Vermittlungen: Was kommunale Belange betrifft, soll auf dieser Ebene entschieden werden, was über Kommune oder bestimmte Region hinaus Auswirkungen auf andere hat, überregional oder national unter Beteiligung der Betroffenen zu regeln – bis hin zu Fragen, die nur europäisch angegangen werden können.
- Für neue institutionelle Verfassung und Staatlichkeit des europäischen Projekts

Candeias: Für „Europäische Bürgerinitiative“ für Neugründung Europas II

- Neugründung Europas müsste Stärkung des Souveräns, der jeweiligen Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten, als Mittel und Zweck haben.
- Start könnte organisierende Kampagne für europäische Bürgerinitiative legen, die noch zu definierende Kernziele benennen würde: vielleicht Ende der Kürzungspolitiken und Privatisierungen, für europäische Schulden-konferenz, Besteuerung der Reichen mit europäischer Vermögensabgabe, für Investitionen in europaweite soziale Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Energie) und europäische Energiewende, für soziale Mindest-sicherung, garantierte Arbeits- und Tarifrechte sowie für solidarische Flüchtlingspolitik.
- Dass europäische Kampagnen möglich, hat Anti-TTIP-Kampagne vorgemacht.

Spendenaufruf für die Sozialklinik Kalamata

Sozialklinik behandelt kostenlos Bedürftige

„51 Strukturen der gesellschaftlichen Solidarität im Gesundheitsbereich“ in Griechenland helfen Menschen kostenlos, die keinen Zugang zu medizinischer Hilfe oder Versorgung haben. Eine von ihnen: Soziale Gemeinschaftsklinik in Kalamata. Wird ehrenamtlich mit Hilfe von Spenden betrieben. Menschen, denen Geld für notwendige Medikamente fehlt, versorgt Apotheke der Sozialklinik dank Medikamenten-spenden, u.a. aus Niedersachsen. Apotheker arbeiten dort ehrenamtlich.

Informationen über die Klinik unter <http://dikalkal.wordpress.com/foreigners/german/>

Was die Sozialklinik braucht:

- alle Arten von Verbrauchsmaterial, das Arztpraxen und Apotheken benötigen, so z.B. Pflaster, Verbandsmaterial, Spritzen, Katheter

- Medikamente

Da auch sonst Not herrscht, sind Lernmittel für Schulen, von Bleistiften über Hefte oder Toilettenpapier bis hin zu Malkästen, oder Winterkleidung, z.B. für das kommunale Altenheim in Messini, oder Spenden für Grundnahrungsmittel erwünscht.

Treffen zur Organisation/ Unterstützung der Sammlung: Sonntag, 6.09., 13.15 Uhr im ALSO-Zentrum in der Donnerschweerstraße

Aktionstage 15. - 17. 10. in Brüssel

Oxi! Basta! Enough! Bauen wir ein anderes Europa auf!

NEIN zu Austerität, Armut, TTIP, Rassismus und Korruption! JA zur grenzenlosen Solidarität!

Ankunft der europäischen Märsche am 15. Oktober, Aktionstage am 15., 16., und 17. Oktober in Brüssel

In Griechenland hat die Bevölkerung OXI! Nein! gesagt zu den inhumanen und unsinnigen Forderungen nach mehr Austerität und Verarmung.

In ganz Europa haben hunderttausende Menschen zur Unterstützung der griechischen Bevölkerung demonstriert:
Indem wir ihre Kämpfe unterstützen, verteidigen wir unsere Rechte in ganz Europa.

Bauen wir eine grenzlose Solidarität auf! Unsere Kraft liegt in einem europaweiten OXI! Unser OXI! Nein! Ist ein JA! zur Gleichheit, zu wirtschaftlichen und sozialen

Rechten, zu einer echten Demokratie, ein JA! für Schuldenstreichungen, ein JA! für Klimagerechtigkeit! Ein JA! für bäuerliche Landwirtschaft!

Im Oktober werden wir aus allen Teilen Europas nach Brüssel marschieren, wir werden die Herrschenden und ihre geheimen Verhandlungen auf dem EU-Gipfel umzingeln, wir werden uns austauschen und demonstrieren. Macht mit!

Erstunterzeichner (Stand vom 18. August): Alliance D19-20 (BE) - Alter Summit (EU) –Europäisches Attac-Netzwerk - Attac Deutschland - Attac Frankreich - Belgian Anti-Poverty Network (BE) - Blockupy International (EU) - Climate Express (BE) - CADTM - Comité français des Marches (Aitec-IPAM, Attac, Des ponts pas des murs, Fondation Copernic, Marches européennes, MNCP, CNTSO, FSU, Solidaires) - EuroMarchas 2015 (ES-EU) - Hard boven Hart (BE) - Tout Autre Chose (BE) - No Transat (BE) - Réseau Wallon de lutte contre la Pauvreté (BE) - Intersindical Valenciana - FrauenLandesarbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE

Vielen Dank und weitere Lesehinweise

- Insider Information über EU Verhandlungen:
<http://www.zeitschrift-luxemburg.de/europaeischer-fruehling/>
- Aktuelles Heft der/die AK: Etwas Besseres als die EU. Ein Streitgespräch über das Scheitern von SYRIZA, Chancen für ein OXI in Europa und die Frage nach einem »linken Grexit«.
- Hartmann | Malamatinas: Krisenlabor Griechenland. Assoziation A Verlag.
- <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/griechenland640.html>